

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Cottbuserinnen und Cottbuser,

wir gedenken heute des 101. Jahrestags der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Beide genossen zu Lebzeiten – und bis heute – großes Ansehen in der internationalen Arbeiterbewegung. Ihr Kampf für Gerechtigkeit und Frieden gilt noch heute als wegweisend. Nicht zuletzt für ihr klares Bekenntnis gegen den Krieg und als führende Köpfe des sozialistischen Flügels in der Novemberrevolution, wurden sie am 15. Januar 1919 von Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ermordet.

Rosa Luxemburg warnte schon sehr frühzeitig vor den Gefahren eines kommenden Krieges der europäischen Großmächte und prangerte den deutschen Militarismus und Imperialismus jener Zeit an. 1906, acht Jahre vor Beginn des Ersten Weltkrieges, wurde sie für ihre klaren Äußerungen das erste Mal zu einer zweimonatigen Haftstrafe verurteilt.

1912 reiste sie als Vertreterin der SPD zum europäischen Sozialistenkongress nach Paris. Gemeinsam mit Jean Jaurès erreichte sie einen Beschluss der europäischen Arbeiterparteien, im Falle eines Kriegsausbruchs zum Generalstreik aufzurufen. Als sie ein Jahr später anlässlich des Balkankrieges in diesem Sinne öffentlich zur Kriegsdienst- und Befehlsverweigerung aufrief, brachte ihr das ihre zweite Verurteilung ein. In ihrer Verteidigung vor der Frankfurter Strafkammer hielt sie fest, „dass Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind“. Worte, die uns noch heute mahnen!

Karl Liebknecht wurde 1912 als einer der jüngsten Abgeordneten für die SPD in den Reichstag gewählt. Bereits früh machte er sich einen Namen als Gegner des Militarismus. Er kämpfte gegen die Bewilligung von Steuermitteln für die Aufrüstung und deckte einen Korruptionskandal um die Firma Krupp auf.

Im August 1914 war er einer der gerade einmal 14 Mitglieder der 110-köpfigen SPD-Fraktion, die sich gegen die Kreditbewilligung zur Finanzierung des Ersten Weltkrieges aussprachen. Und dass, obwohl er immer als Befürworter von Fraktions- und Parteidisziplin galt.

In Opposition zur SPD-Politik des sogenannten „Burgfriedens“, der stillschweigenden Akzeptanz der deutschen Kriegsbemühungen, gründeten Luxemburg, Liebknecht und zehn weitere SPD-Mitglieder die „Gruppe Internationale“ – einen Vorläufer des Spartakusbundes. Dieser war der Kern, um den sich im Januar 1919 die KPD gründete.

In den unruhigen Zeiten Ende 1918, in denen der Erste Weltkrieg endete, der Kieler Matrosenaufstand den Auftakt für die Novemberrevolution darstellte, der Kaiser abdankte und Deutschland sich erstmals aufmachte, eine Republik zu werden, kämpfte die SPD für den Parlamentarismus und der Spartakusbund für eine Räterepublik. Nun kann man über diese Frage – damals wie heute – geteilter Meinung sein. Dass aber dieser Konflikt ausreichend dafür war, dass die von der SPD gebildete Übergangsregierung – der sogenannte „Rat der Volksbeauftragten“ – die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts zumindest billigte – das gilt als historisch belegt – ist gelinde gesagt ein Skandal gewesen und etwas, das ich mir von der heutigen SPD mehr selbstkritisch reflektiert wünsche.

Die damaligen Entwicklungen um Luxemburgs und Liebknechts Wirken zeigen außerdem ein Prinzip auf, was passiert, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie von ihren Grundwerten verabschiedet:

1. In der mittelfristigen Entwicklung rückt die Politik nach rechts und
2. Im Parteienspektrum wird links von der SPD Platz für eine neue politische Kraft.

Ich bin kein Freund dieser Floskel, dass Geschichte sich wiederhole. Aber als Vertreter einer Partei, die es ohne die Agenda 2010 wahrscheinlich heute so nicht geben würde, muss ich schon feststellen, dass dieses Prinzip bis heute eine gewisse Gültigkeit zu haben scheint. Den historischen Beweis dafür haben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angetreten. Das sollte nicht in Vergessenheit geraten.

Historische Parallelen in unsere heutige Zeit sind dabei durchaus erkennbar. Wie gesagt: Geschichte wiederholt sich nicht – die AfD ist in keiner Weise mit der NSDAP gleichzusetzen und der NSU war nun alles andere als die SA. Aber wir erleben heute eine Zunahme des rechten Terrors:

Rechte Gewalt gegen Menschen anderer Herkunft, anderer Religion, anderer politischer Gesinnung oder sexueller Orientierung nehmen zu. Im Internet gibt es Verfolgungslisten, auf denen linke Politikerinnen und Politiker, Aktivistinnen und Aktivisten aufgeführt sind und zu deren Ermordung aufgerufen wird. Übrigens: solche öffentlichen Aufrufe zur Ermordung gab es auch gegen Luxemburg und Liebkecht. Und dass die politische Rechte kontinuierlich an Stärke gewinnt kann ja nun wirklich niemand leugnen. Man muss also feststellen: Wir leben heute wieder in einer gefährlichen Zeit.

Weitere Parallelen sind heute leider ebenfalls erkennbar:

International wächst die Gefahr von Kriegen. Regierungen feiern Aufrüstung wieder als politischen Erfolg und betrachten sie als erstrebenswert. Und allzu häufig scheint es so, als sei DIE LINKE die einzige politische Kraft, die vor der wachsenden Kriegsgefahr warnt.

Was also lässt sich für uns aus dem Wirken Luxemburgs und Liebkechts für die heutige Zeit ableiten? Ich versuche eine – natürlich absolut unvollständige – Aufzählung:

1. Die Fähigkeit zur Mobilisierung der Massen in jener Zeit war – nicht in ihren Mitteln, die muss man immer der jeweiligen Zeit anpassen – aber in ihrer Wirkung, vorbildhaft. Für mich heißt das heute: Um gemeinsam Ziele zu erreichen, müssen wir Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen. Linke sind schon immer die politische Kraft gewesen, die quasi „von Natur aus“ die kleinere Lobby haben. Beim Geld, bei der Unterstützung durch Wirtschaft und Verbände und durch die personelle Verankerung in Verwaltungen und Behörden, können wir niemals mit den anderen mithalten. Unsere Stärke kann nur die Stärke unserer Anhängerschaft sein. Und deshalb muss linke Politik zum Mitmachen einladen. Und andersherum sollten sich die Eingeladenen dann auch den notwendigen „Ruck“ geben und zu uns finden!

In Sachen „Zu uns finden“ möchte ich für den 25. Januar werben – da kann man nämlich zur Eröffnung unserer neuen Räumlichkeiten in der Ostrower Straße finden und gemeinsam ins Gespräch kommen.

2. Der Kampf gegen Aufrüstung, Waffenexporte und für den Frieden muss ein linker Kampf sein. Irgendwelche „wir wollen unsere Jungs nach Hause holen“-Floskeln dürfen die Öffentlichkeit niemals darüber hinwegtäuschen, dass Rechte seit jeher Befürworter des Militarismus sind. Die Schießbefehl-Äußerungen von Beatrix von Storch klingen uns noch in den Ohren.

Im Zusammenhang mit der unverändert angespannten Lage zwischen der NATO und Russland ist das geplante Militärmanöver „Defender 2020“ im April und Mai diesen Jahres eine völlig überflüssige und durch nichts zu rechtfertigende Provokation. Das neuerliche Säbelrasseln von Präsident Trump im Nahen und Mittleren Osten stellt eine weitere massive Bedrohung für den Frieden dar.

Deshalb sei an dieser Stelle auf verschiedene Aktivitäten, zum Beispiel die geplante Friedenskonferenz unserer Bundestagsfraktion sowie natürlich den Ostermarsch am Ostermontag hier in Cottbus verwiesen.

3. Aus dem entschlossenen Kampf gegen Reaktionismus muss heute ein geschlossener Kampf der Gesellschaft gegen rechts werden. Nur wenn sich die demokratischen Kräfte – bei allen sonstigen politischen Differenzen, die völlig akzeptabel in einer Demokratie sind – gemeinsam auf den Minimalkonsens einigen können, dass mit der politischen Rechten nicht zusammengearbeitet wird, hat man eine Chance, deren Aufstieg zu verhindern. Das sage ich insbesondere mit Blick auf einzelne Akteure in der CDU – von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene: Diese kleinen Versuche der Zusammenarbeit, dieses vorsichtige Herantasten, ob man nicht doch an der einen oder anderen Stelle mal mit der AfD zusammenarbeiten könnte, um die eigene Machtbasis zu sichern. All diese Versuche führen

in keinem Falle zu einer „Normalisierung“ oder „Demokratisierung“ der AfD. Sie führen ins Verderben!

Klar ist natürlich: Mit uns ist sowas nicht zu machen. Deshalb sollten wir am 15. Februar wieder geschlossen ein starkes Zeichen gegen Geschichtsrevisionismus setzen und uns am Sternmarsch beteiligen. Außerdem wird es ab 21 Uhr im Hauptbahnhof ein Gedenkkonzert an die Opfer des Krieges geben. Ich hoffe auf eure Beteiligung!

Zum Schluss möchte ich noch auf den bedauerlichen Umstand eingehen, dass wir heute wieder überwiegend „unter uns“ sind. Zahlreiche Mitglieder der LINKEN, Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus linken Gruppen und Initiativen sind da. Aber die breite Gesellschaft erreichen wir mit unserem Gedenken nicht. Deshalb möchte ich schließen mit einem Gedanken, den Gregor Gysi vor einem Jahr, anlässlich des 100. Jahrestages der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts in einem Interview geäußert hat.

Er sagte, dass er die Französinen und Franzosen dafür bewundere, dass sie zugleich Napoleon und Jeanne d’Arc verehren – zwei historische Persönlichkeiten, die verschiedener kaum sein könnten, die aber objektiv betrachtet ihre jeweiligen Verdienste in der Geschichte ihres Landes hatten.

Auch ich wünsche mir, dass wir mit dem Gedenken an die Verdienste, an das Wirken und an den Leidensweg von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mehr Menschen erreichen. Und ja, ich wünsche mir auch mal führende Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratie hier, um mit dem Luxemburg-Liebknecht-Gedenken ein Zeichen für einen möglichen gemeinsamen Wunsch nach Frieden zu setzen.

Nun ja – wie Liebknecht schon sagte: „Das Unmögliche zu wollen, ist die Voraussetzung dafür, das Mögliche zu schaffen.“

Also selbst wenn das in absehbarer Zeit nicht gelingen sollte, dürfen wir in unserem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit niemals verzagen. Denn, wie ihr wisst, „So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem!“

Vielen Dank